

Der Kreis und das liebe Geld der Kommunen

04.04.2022, Alfred Borgmann

Streit um das Geld eine Frage des Klimas?

Eines ist noch verlässlicher als Schneefall im Winter: Der Streit zwischen Städten und Gemeinden und dem Kreis über die Höhe der Kreisumlage. Die Kreisumlage ist der Anteil an den Einnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, mit dem der Kreis einen großen Teil seiner Aufgaben finanziert. Während die Städte und Gemeinden über eigenes Satzungsrecht verfügen und damit die Höhe ihrer Einnahmen mittels Grundsteuer und Gewerbesteuer selbst festlegen können, haben Kreise diese Möglichkeit nicht. Für die Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben steht den Kreisen als eigenes Finanzierungsinstrument nur die Kreisumlage zur Verfügung. Damit ist der Streit um die Höhe dieser Umlage natürlich vorprogrammiert.

Ja, früher, da war das ...

An nunmehr 27 Haushalten des Kreises durfte ich mitwirken - und habe diesen überwiegend meine Zustimmung gegeben. Aber ich kenne auch die andere Seite, in 31 Jahren habe ich auch an den Haushaltsplänen der Stadt Petershagen mitgewirkt und kenne auch diese Seite der kommunalen Finanzen. In dieser Zeit gab es die verschiedensten politischen Koalitionen, sowohl im Rat als auch im Kreistag, 4 Bürgermeister und 3 Landräte haben in der Zeit die Haushaltspläne in Rat oder Kreistag eingebracht - aber beim Streit um die Kreisumlage gab es immer die gleiche Konstellation: Die Umlageforderung des Kreises war stets zu hoch. Die Erhöhung der Kreisumlage war aus Sicht der Kommunen stets unangemessen und eine Senkung (ja, auch die gab es) der Kreisumlage war stets nicht ausreichend - ganz gleich welcher politischen Couleur die jeweiligen Akteure angehörten.

...eine Frage der Parteizugehörigkeit?

Diese verschiedenen Positionen wurden stets engagiert in den unterschiedlichsten Gremien vorgetragen, ja mitunter sogar den Verwaltungsgerichten zur Entscheidung vorgelegt. Dieses, auch emotionale Engagement ging mitunter soweit, dass sich ein ehemaliger Stadtdirektor aufgrund seiner etwas aus der Form geratenen Äusserungen im Finanzausschuss der Stadt anschließend öffentlich beim damaligen Oberkreisdirektor entschuldigen musste. Diese unterschiedliche Einschätzung, wer mit dem Geld besser umgehen könne, spiegelt auch der am Rande einer kommunalen Konferenz mir gegenüber geäußerte Hinweis eines ehemaligen Bürgermeisters, der Kreis solle sich doch ruhig verschulden, die Gemeinde könne das Geld viel besser vor Ort ausgeben.

Also: Wieviel darf es denn sein?

Der Streit um die Kreisumlage ist so betrachtet auch der Streit darüber, wer mehr oder besseres mit dem gleichen Geld anfangen könne. Dieser Streit mündet dann regelmäßig im Kreistag in der Forderung nach Senkung der Kreisumlage, in diesem Jahr kam der Antrag dann mal von der FDP.

Ja, CDU, SPD und Grüne haben, je nach Mehrheitsverhältnissen, auch schon genau diese Anträge gestellt. Allerdings kam der Antrag der FDP in diesem Jahr doch recht überraschend, da den Haushaltsansätzen in den vorhergehenden Beratungen in den Fachausschüssen überwiegend zugestimmt wurde. Daher auch kein Deckungsvorschlag, sondern nur diese Begründung für die Senkung der Kreisumlage: Rückgriff auf die (fiktive) Ausgleichsrücklage. Eine Senkung der Kreisumlage durch Rückgriff auf eine (substanziell nicht vorhandene) Ausgleichsrücklage ohne Einsparungsvorschläge für das aktuelle Haushaltsjahr würde aber nur dazu führen, dass die Umlage in den Folgejahren umso mehr erhöht werden müsste. Eine Entlastung der Kommunen ist so nicht zu erreichen. Dafür bedarf es substanzieller Aufgabenkritik, die aber auch ohne den FDP-Antrag schon von der Landrätin angekündigt war.

Entlastung für Kommunen oder Lastenverteilung?

Ohnehin löst die Forderung nach Entlastung der Kommunen nicht das grundlegende Problem: Nämlich welche Anteile Kommune oder Kreis von den zur Verfügung stehenden Einnahmen für den gleichen Kreis der Bürgerinnen und Bürger eigentlich jeweils besser verwenden. Da halte ich auch persönlich den Anteil des Kreise von 35,85 % an dem Gesamteinnahmen der Kommunen für gerechtfertigt. Im vorgelegten Haushalt des Kreises ist im Detail festgelegt, wofür dieses Geld benötigt wird, und mehr darf der Kreis nicht fordern, auch nicht zur Verbesserung der Rücklagen. Der Haushaltsplan wurde in diesem Jahr mit den Stimmen von CDU, Grünen und FWG beschlossen. Die SPD enthielt sich der Stimme und die FDP war mit ein paar anderen Stimmen dagegen.

... und wofür das alles?

Übrigens: 71 % der rund 582 Millionen Euro des Kreishaushaltes werden für pflichtgemäße Sozialleistungen direkt an die Bürgerinnen und Bürger verwendet, 18 % werden für das Personal des Kreises benötigt und ganze 5,5 % stehen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung. Bei den Personalstellen gab es in diesem Jahr einigen Zuwachs, teils bedingt durch eine Steigerung des Arbeitsaufwandes, zum anderen durch neue Aufgaben. So soll die Digitalisierung und Neuorganisation der Abläufe durch 5 neue Stellen bewältigt werden. Es ist eben nicht so einfach, Papierformulare und Stempelkissen durch Scan und Fingerprint zu ersetzen. Mit der Straßenunterhaltung und der Pflege öffentlicher Flächen sollen sich weitere 20 Menschen befassen, 10 weitere Stellen kommen für die neue Leitstelle hinzu und 5 weitere Stellen sind für neue Aufgaben wie Klimaschutz, Integration oder Naturschutz vorgesehen. Wenn denn die dafür qualifizierten Menschen auch zu finden sind. Rund 50 Stellen sind derzeit aus Mangel an Fachkräften nicht besetzt.

Die viel diskutierten Investitionen für die Kampahalle, das feuerwehrtechnische Zentrum und die Förder- und Berufsschulen werden, abzüglich der Zuschüsse durch Bund und Land, durch Kredite finanziert. Und um diese abzusichern, bedarf es auch der ? Ja genau, auch der Ausgleichsrücklage!